

der Staatlichkeit spezialisiert hat, weist heute ein sehr breites Spektrum von Konzeptionen und Auffassungen auf: von dem traditionell konservativen Herangehen, das darauf beruht, das politische System des Sozialismus verleumdend des „Totalitarismus“ und der „Tyrannei“ zu beschuldigen, bis zu den verschiedenen neoliberalen Theorien, in denen das unverändert antikommunistische Wesen durch scheinbare Objektivität, Pseudowissenschaftlichkeit, äußerliche Unvoreingenommenheit usw. verschleiert wird. All das zeigt das deutliche Bestreben unserer ideologischen Gegner, die Frage der sozialen Bestimmung, der Aufgaben und Funktionen des Staates der Werktätigen um jeden Preis zu entstellen, den Volksmassen in den bürgerlichen Ländern Furcht vor der „kommunistischen Diktatur“ zu suggerieren.

Auch der Revisionismus will seinen „Beitrag“ zur Entstellung der Rolle des sozialistischen Staatsapparates sowie zu anderen Fragen leisten. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei dem demokratischen Zentralismus geschenkt, der eines der Grundprinzipien des Aufbaus und der Tätigkeit des Systems der staatlichen Organe ist. E. Fischer legt z. B. auf trotzkistische Manier den Begriff „zentrale Instanzen“ als „Bürokratie“ aus. Die rechten Revisionisten, die die dialektische Einheit von Zentralismus und Demokratie nicht sehen wollen, betrachten die beiden Seiten des demokratischen Zentralismus als einander gegenüberstehende und einander fast ausschließende Seiten. Nach der Logik der rechten Revisionisten führt der demokratische Zentralismus angeblich unvermeidlich zur Liquidierung der schöpferischen Individualität des Menschen, zu seiner Entpersönlichung und Unterdrückung.

Die bürgerlichen Ideologen und Opportunisten gehen also an die Fragen der sozialistischen Staatlichkeit und Demokratie mit ihren eigenen Maßstäben heran, versuchen alles auf die formalen Merkmale des Demokratismus zu reduzieren und sie von den realen gesellschaftlichen Verhältnissen, von der tatsächlichen Teilnahme der Werktätigen an der Ausübung der Macht loszulösen. Die großen Erfolge beim Aufbau des neuen Lebens in der UdSSR und in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, der ständige Fortschritt im ökonomischen, kulturellen und geistigen Leben, die konsequente Entwicklung der Demokratie, die Festigung der Garantien für die Rechte der Bürger, die sich vor dem Hintergrund der allumfassenden ökonomischen, politischen und geistigen Krise, die die kapitalistischen Länder erfaßt hat, besonders deutlich abheben, zeigen jedoch ganz offensichtlich die Nichtübereinstimmung zwischen der verfälschten Darstellung der sozialistischen Ordnung durch die Antikommunisten und der realen Wirklichkeit. Der Aufschwung der politischen Aktivität der werktätigen Massen und ihrer Aktivität in der Arbeit, die immer stärkere Verbreitung der Wahrheit über die Welt des Sozialismus im Ausland und die Erfolge der sowjetischen Außenpolitik ziehen den Antikommunisten den Boden unter den Füßen weg, zwingen sie, ihre Taktik zu ändern und nach neuen, raffinierteren, verschleierte und damit auch gefährlicheren Methoden der „Kritik“ zu suchen.

In den sechziger Jahren fand die pseudoliberalen Form des Antikommunismus, die auf der sog. Theorie der Annäherung (der Konvergenz) von Kapitalismus und Sozialismus beruht, große Popularität. W. Rostow, J. Galbraith u. a. versuchten, unter Ignorierung der prinzipiellen Unterschiede der beiden Systeme und auf einige mit der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundene wirklich ähnliche Produktions- und organisatorisch-technische Probleme spekulierend, diese Theorie als Mittel zur ideologischen Entwaffnung der Werktätigen und zur Verleumdung des Marxismus zu benutzen. Heute macht die „Konvergenz“-Theorie schwerwiegende Veränderungen durch. Es vollzieht sich sozusagen eine Spaltung des Begriffs „Konvergenz“. Es geht schon nicht mehr um das Problem „Konvergenz“, sondern um „Konflikt-Konvergenz“ oder „Divergenz-Konvergenz“. Mit diesem Terminus

bezeichnen die bürgerlichen Autoren die Existenz einer ganzen Reihe schwer zu überwindender Widersprüche zwischen Sozialismus und Kapitalismus, was sich von ihren früheren Theorien über die Möglichkeit der Annäherung und sogar Verschmelzung der beiden Systeme unterscheidet.

Nach der sehr populären „Evolutions“-Konzeption soll das Endziel der imperialistischen Strategie über mehrere Zwischenetappen erreicht werden, deren wichtigste das allmähliche Ersetzen der sozialistischen Demokratie durch Elemente des bürgerlichen Parlamentarismus und die Erweiterung der politischen Freiheit für die Tätigkeit der „Eliteschicht“ ist.¹⁰

In der Situation des Zusammenbruchs der imperialistischen Politik des „kalten Krieges“ und der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus stößt der Antikommunismus wie die ganze bürgerliche Ideologie auf wachsende Schwierigkeiten und ist gezwungen, sich den neuen Bedingungen der Klassenausinandersetzung anzupassen. In den Jahren 1972—1973 erschien in den USA die achtbändige Enzyklopädie „Marxismus, Kommunismus und westliche Gesellschaft“, die eine doppelte Aufgabe erfüllen soll: sie soll der „kommunistischen politischen Theorie“ einen Schlag versetzen und gleichzeitig die Vorstellungen von der kapitalistischen Gesellschaft beschönigen.¹¹ In ihr fand die äußerst inkonsequente und widersprüchliche Position der heutigen westlichen „Sowjetologie“ ihren konzentrierten Ausdruck. Einerseits zeigt sich hier die Tendenz zur Absage an viele in den Jahren des „kalten Krieges“ entstandene bürgerlich-propagandistische Schablonen. Am bezeichnendsten sind in dieser Hinsicht die in dieser Ausgabe anzutreffende Einschätzung der bekannten Konzeption des „Totalitarismus“ als „Übervereinfachung“, das Eingeständnis, daß die „Sowjets eine hohe Form der Demokratie darstellen“, usw. Gleichzeitig ist die ganze „Enzyklopädie“ als eine Art Synthese der bürgerlichen Gesellschaftswissenschaft von ausgeprägten antimarxistischen, klassenfeindlichen Positionen aus geschrieben. Ihre Autoren, die im Geist der Zeit für die Zusammenarbeit mit der Welt des Sozialismus, für einen ernsthaften „Dialog“ und gegenseitige Verständigung mit den Kommunisten auftreten, geben sich grundlosen Illusionen hin über ein mögliches „Verschwinden“ der Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus „in dem Falle, daß in der Sowjetgesellschaft die Kommunistische Partei und der Staat nicht mehr die führende Rolle spielen“. Es bedarf keiner Beweise, wie reaktionär eine solche Position ist, die sich durch äußerlich friedliebende Reden tarnt.

Das historische Verdienst der sozialistischen Demokratie besteht darin, daß sie

1. die Prinzipien der Demokratie auf die breiten Volksmassen, auf alle Werktätigen ausgedehnt hat;
2. die Demokratie aus dem engen formalen Rahmen hinausgeführt und das Schwergewicht auf die Frage der realen Garantien der proklamierten demokratischen Institute gelegt hat;
3. die Demokratieauffassung selbst wesentlich bereichert und erweitert hat, indem sie nicht nur die politischen, sondern auch die allseitigen sozial-ökonomischen Rechte der Bürger als unabdingbare Elemente der Demokratie anerkannt hat.

Sozialistische Demokratie — das ist vor allem die Macht des arbeitenden Volkes, die Freiheit von Ausbeutung, das Recht auf Arbeit, auf Erholung, auf unentgeltliche Bildung und medizinische Betreuung, auf materielle Sicherstellung. Sie äußert sich in den historischen Zielen und Aufgaben des Staates, in den Grundrichtungen seiner Tätigkeit, im Schutz der Errungenschaften des Volkes und im Schutz des Friedens. Demokratie im Sozialismus — das ist die gerechte Lösung der nationalen Frage, sind die auf der breiten Heranziehung der Werktätigen zur Leitung beruhenden Prinzipien des Aufbaus und der Tätigkeit des gesamten Staatsapparates. Hauptträger der Prinzipien der sozialistischen